

Landkreis Wesermarsch, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

An die Mitglieder des Gremiums
als Protokoll

allen übrigen Kreistagsmitgliedern
zur Kenntnisnahme

Auskunft erteilt: Marco Witthohn
Zimmer.: 235
Telefon: 04401 – 927 326
04401 – 927 0 (Zentrale)
Telefax: 04401 – 927 339
E-Mail: marco.witthohn@wesermarsch.de

Brake, den 04.12.2025

Protokoll

zur öffentlichen Sitzung mit anschließendem nicht öffentlichen Teil

Gremium		FinA/57/2025
Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen		
Am	Sitzungsdauer	Ort
Montag, 01.12.2025	16:30 bis 20:08 Uhr	Kreishaus, großer Sitzungssaal, Poggenburger Straße 15, 26919 Brake

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Siegmar Wollgam	Kreistagsmitglied (Vorsitz)
Heinz Doormann	Kreistagsmitglied
Reiner Gollenstede	Kreistagsmitglied
Torben Hafeneger	Kreistagsmitglied, anwesend bis 18:30 Uhr (TOP 8)
Christoph Hartz	Kreistagsmitglied i. Vertr. d. Abg. Schinski
Dieter Kohlmann	Kreistagsmitglied i. Vertr. d. Abg. MdL Dr. h. c. Thümler
Torsten Lange	Kreistagsmitglied i. Vertr. d. Abg. Krippner
Daniel Stellmann	Kreistagsmitglied
Thomas Wenzel	Kreistagsmitglied
Erika Weubel	Kreistagsmitglied
Manfred Wolf	Kreistagsmitglied

Beratende Mitglieder

Albert Mumme
Kreisbehindertenbeirat,
anwesend bis 18:50 (TOP 8)

von der Verwaltung

Sigrid Allmers
Kai Littmann
Gunnar Meister
Maren Ozanna
Stephan Siefken
Matthias Wittschieben
Maren Würger
FDL 20 - Finanzen
FD 91 - Büro des Landrats (Protokollführer)
Referatsleitung 90 -
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Gleichstellungsbeauftragte,
anwesend bis 19:40 Uhr (TOP 8)
Landrat
Referat 90 -
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
anwesend bis 19:20 Uhr (TOP 8)
Leiterin Dez. 1

Gäste

Hans Francksen
Jürgen Janssen
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
anwesend bis 18:05 Uhr (TOP 8)

Entschuldigt sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Leonard Krippner
Ursula Schinski
MdL Dr. h. c. Björn Thümler
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
- 5 Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
- 6 Finanzwirtschaftliche Entwicklung 2025 mit Stand 31.10.2025
Vorlage: 2025/FD20/261
- 7 Anträge SPD-Fraktion zum Haushalt 2026
Vorlage: 2025/Dez.1/064
- 8 Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Jahr 2026

Vorlage: 2025/FD20/255

- 9 Haushaltssicherungsbericht 2025 und Haushaltssicherungskonzept 2026
Vorlage: 2025/FD20/260
- 10 Investitionsprogramm 2026 - 2029
Vorlage: 2025/FD20/256
- 11 Annahme von Spenden und Schenkungen
Vorlage: 2025/FD20/257
- 12 Vorstellung des Gleichstellungsplans 2025-2027
Vorlage: 2025/Ref16/049
- 13 Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung
----------	-----------------------

Der Ausschussvorsitzende Herr Wollgam eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
----------	--

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

3	Feststellung der Tagesordnung
----------	-------------------------------

Die Tagesordnung wird ohne Einwände festgestellt.

4	Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
----------	---

Das Protokoll über die Sitzung vom 30.10.2025 wird in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

5	Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
----------	--

Es liegen keine mündlichen oder schriftlichen Fragestellungen vor.

6	Finanzwirtschaftliche Entwicklung 2025 mit Stand 31.10.2025 Vorlage: 2025/FD20/261
----------	---

Frau Würger erläutert die finanzwirtschaftliche Entwicklung (mit Stand 31.10.2025) anhand der Beschlussvorlage.

Demnach zeichnet sich im Jahresergebnis 2025 eine Verbesserung des Fehlbetrages um 3,53 Mio. EUR auf 6,05 Mio. EUR ab.

Herr Gollenstede möchte eine differenziertere Betrachtung der sonstigen Transferaufwendungen (lfd. Nr. 18 der Ergebnisrechnung).

Frau Würger führt aus, dass sich allein 4 Mio. EUR auf den Bereich der Eigliederungshilfe bezieht und sichert eine Fortführung der Übersicht zu den Transferleistungen zu.

Frau Würger geht auf die dargestellten Investitionen und beauftragten Maßnahmen ein.

Demnach wurden von dem Gesamtbudget der wesentlichen Investitionen i. H. v. 93,62 Mio. EUR bereits 55,38 Mio. EUR beauftragt. Folglich sind 59 % der Mittel gebunden.

Der Bericht zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung mit Stand 31.10.2025 wird zur Kenntnis genommen.

7	Anträge SPD-Fraktion zum Haushalt 2026 Vorlage: 2025/Dez.1/064
---	---

Herr Hartz erläutert die Anträge der SPD-Fraktion. Er führt aus, dass sich die Fraktion eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Haushaltssicherungskonzepts gewünscht hätte. Hinsichtlich der beantragten Verschiebung des Beratungstermins konkretisiert er den Antrag dahingehend, dass die SPD-Fraktion eine zusätzliche Beratungszeit von sechs Wochen als erforderlich sieht.

Herr Wolf hinterfragt den Antrag und möchte wissen, welche Zahlen sich aus Sicht der SPD geändert haben. Er betont, dass aus seiner Sicht eine verlässliche Grundlage für die Verabschiedung des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung 2026 vorliege. Zudem sieht er keine Notwendigkeit für die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Haushaltskonsolidierung.

Frau Würger informiert, dass das Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN) am 19. November 2025 die vorläufigen Grundbeträge für das kommende Haushaltsjahr veröffentlicht habe, welche jährlich als Orientierungsgröße für die kommunale Haushaltsplanung dienen. Da bestimmte Daten – etwa die endgültige Steuerverbundabrechnung oder aktuelle Einwohnerzahlen – erst später vorliegen, erfolge die endgültige Festsetzung der Zuweisungen üblicherweise erst im ersten Quartal des neuen Haushaltsjahres. Weiter weist sie darauf hin, dass aufgrund einer Korrekturmeldung der Steuerkraft einer kreisangehörigen Kommune eine grundlegende Neuberechnung erforderlich gewesen sei. Die Fraktionen wurden über die wesentlichen Änderungen am 20.11.2025 informiert.

Herr Stellmann sieht keine Veranlassung, die Verabschiedung des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung 2026 zu vertagen. Er schildert die Folgen einer haushaltslosen Zeit, insbesondere für Vereine, die auf freiwillige Zuwendungen und Zuschüsse angewiesen sind.

Herr Francksen verweist auf benachbarte Landkreise, die ihre Haushalte erst im Frühjahr des laufenden Haushaltsjahres beschließen. Er erkundigt sich, ob die zu erwartenden Investitionszuwendungen von Bund und Land bereits vollständig eingeplant seien.

Frau Würger bestätigt dies für die bereits bekannte Förderung des Landes.

Herr Gollenstede spricht sich gegen eine Verschiebung der Beschlussfassung aus und unterstützt den Verwaltungsvorschlag, den Haushalt wie geplant zu verabschieden. Er schlägt vor, die Anträge der SPD-Fraktion unter Tagesordnungspunkt 8 (Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2026) weiter zu beraten.

Herr Wolf verweist auf die bereits beschlossenen Investitionen und deren Notwendigkeit. Eine Umwidmung könne im Einzelfall zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Herr Siefken hebt hervor, dass die Haushaltssatzung gemäß des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) mit Beginn des Haushaltsjahres in Kraft treten soll. Sein Ziel sei daher, dass die Satzung zu Jahresbeginn Gültigkeit erlangt. Er ergänzt, dass bei unvorhergesehenen Ausgaben oder Mindereinnahmen ein Nachtragshaushalt beschlossen werden könne.

Herr Francksen zieht den Antrag der SPD-Fraktion auf Vertagung der Verabschiedung des Haushalts zurück.

Frau Würger stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Änderungen und Anträge zum Haushaltsplan 2026 und zur Haushaltssatzung 2026 vor. Die Präsentation ist als Anlage dem Protokoll beigefügt.

Es erfolgt eine Verständigung, die einzelnen Empfehlungen aus den Fachausschüssen blockweise abzustimmen, sofern kein Einwand erhoben wird.

1.1 Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft

Der Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen empfiehlt einstimmig:

Grünlandzentrum Niedersachsen/Bremen e. V.: Jährliche Förderung von 12.500 EUR für den Zeitraum 2026–2028.

1.2 Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration

Der Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen empfiehlt einstimmig:

Aidshilfe Oldenburg e. V.: 1.100 EUR jährlich für 2026–2028

Ambulanter Hospizdienst Brake: 5.000 EUR jährlich für 2026–2028

Hospizdienst Nordenham: 5.000 EUR jährlich für 2026–2028

Palliativ Netzwerk Wesermarsch e. V.: 8.300 EUR für das Jahr 2026

donum vitae (Schwangerschaftskonfliktberatung): 3.500 EUR jährlich für 2026–2028

AWO (Schwangerschaftskonfliktberatung): 3.500 EUR jährlich für 2026–2028

Caritas (Schwangerschaftskonfliktberatung): 3.500 EUR jährlich für 2026–2028

Hebammenhilfe: 8.000 EUR jährlich für 2026–2028

1.3 Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Digitalisierung

Der Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen empfiehlt einstimmig:

Caritas Freiwilligenagentur „Ehrensache“: 1.500 EUR jährlich (2026–2028)

Refugium Wesermarsch e. V.: 4.600 EUR für das Jahr 2026 (Rückkehrberatung)

1.4 Ausschuss für Öffentliche Ordnung und Feuerwehr

Der Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen empfiehlt einstimmig:

7.500 EUR jährlich (2026–2028) als Investitionskostenzuschuss für die Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz

1.5 Betriebsausschuss Abfallwirtschaft

Der Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen empfiehlt einstimmig:

30.000 EUR (2026–2027) zur Gebührenentlastung für Inkontinenzpatienten

1.6 Jugendhilfeausschuss

Der Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen empfiehlt einstimmig:

Der Antrag von Lichtblick e. V. (16.600 EUR + Fahrtkosten, 2026–2028) wird an den Kreisausschuss zur Entscheidung verwiesen.

1.7 Ausschuss für Schulen, Kultur, Sport

Der Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen empfiehlt einstimmig:

Ablehnung der jährlichen Förderung in Höhe von 400 EUR für die Oldenburg Filmklappe.

Der Antrag auf Zuschusserhöhung in Höhe von 15.000 EUR von dem Rüstringer Heimatbund (Moorseer Mühle) wird an den Kreisausschuss zur Entscheidung verwiesen.

2. Beratungen im Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen

2.1 Bezuschussung von Klassenfahrten

Frau Würger teilt zum Antrag der SPD-Fraktion auf Erweiterung des Personenkreises bei der Bezuschussung von Klassenfahrten mit, dass bis Ende Oktober Mittel in Höhe von 7.800 EUR abgerufen worden sind.

Herr Wolf beantragt den Zuschuss im Jahr 2026 auf 10.000 EUR festzusetzen.

Frau Würger erläutert die Voraussetzung der Bezuschussung von Klassenfahrten.

Herr Lange plädiert dafür, das bisherige Antragsverfahren beizubehalten.

Der Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig, nach der bisherigen Vorgehensweise die Restmittel aus 2025 für das Jahr 2026 vorzusehen.

Ferner empfiehlt der Fachausschuss dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig, die Erhöhung des Zuschusses um 2.000 EUR für ärztlich verordnete Mittel zur Familienplanung für 2026 und 2027 und eine Weiterführung der Gesamtförderung in Höhe von 11.000 EUR für 2028.

Der Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen verweist den Antrag von donum vitae zur Förderung des Projektes „Noor-Raum für Frauen und Begegnung“ in Höhe von 7.300 EUR einstimmig an den Kreisausschuss.

Frau Würger erläutert die Faktoren der Neuberechnung des Finanzausgleichs (FAG) und die sich daraus ergebende Verbesserung der Schlüsselzuweisungen i. H. v. 4,93 Mio. EUR und der Kreisumlage i. H. v. 5,97 Mio. EUR.

Herr Siefken führt aus, dass der Landkreis Wesermarsch einer der größten Verlierer der Neuordnung des Finanzausgleichs ist und sieht Anpassungen der Finanzstruktur für erforderlich an.

Der Ausschuss für Finanzen, Personal, Gleichstellungsfragen empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig die Änderung aufgrund der Neuberechnung nach dem FAG (4,93 Mio. EUR) und der Kreisumlage (5,97 Mio. EUR) zu beschließen.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig die Erhöhung der investiven Krankenhausumlage an das Land Niedersachsen um 600.000 EUR.

Frau Würger stellt den Inhalt des Haushaltssicherungskonzeptes vor. Mit den gerade gefassten Beschlüssen ergibt sich ein Fehlbetrag in Höhe von rd. 12,4 Mio. EUR.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig keine Entnahme aus der Infrastrukturrücklage vorzunehmen.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig keine Verringerung des Budgets für Kreisentwicklungsmaßnahmen vorzunehmen.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag bei zwei Enthaltungen einstimmig zunächst 90 % der Budgetmittel je Organisationseinheit im Finanzsystem zur Buchung freizugeben und in den Budgetberichten per 30.04., 31.07. sowie 31.10. mit einem Ampelsystem zu überwachen und darzustellen. Es wird mit einer Einsparung in Höhe von 1 Mio. EUR gerechnet.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig, dass von der Verwaltung sämtliche Investitionsmaßnahmen kritisch auf Erforderlichkeit respektive Einsparung überprüft werden. Die Kreditaufnahme erfolgt zeitversetzt nach Umsetzungsstand. Die Kreditermächtigung 2024 wird zu Beginn 2026 vor Genehmigung des Haushaltsplanes 2026 in Anspruch genommen. Es wird mit einer Einsparung von Zinsen in Höhe von 150.000 EUR gerechnet.

Frau Würger erläutert zu der Erhöhung der Wochenpauschale für Kindertagesstätten (KiTas) durch das Land Niedersachsen, dass aktuell von einer Mehreinnahme in Höhe von 2 bis 2,5 Mio. EUR ausgegangen wird. Diese Betriebskostenpauschale wird direkt an den Landkreis als örtlicher Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe gezahlt.

Herr Hartz verweist hierzu auf die Vereinbarung mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, wonach erklärtes Ziel sei die Kostentragung 50/50 zu schultern.

Frau Würger zeigt auf, dass der Landkreis derzeit über 50 % der Kosten für den Betrieb der Kindertagesstätten trägt.

Herr Siefken teilt hierzu mit, dass neue Verhandlungen mit den kreisangehörigen Kommunen anstehen.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag bei drei Enthaltungen einstimmig, die Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Wochenpauschale für KiTas durch das Land, hälftig auf den Landkreis und die Kommunen zu verteilen. Es wird mit einer Einsparung in Höhe von 1 Mio. EUR gerechnet.

Frau Würger führt weiter zum Antrag der CDU/Grüne/FDP-Gruppe aus, dass eine Erhöhung der Einsparungen bei Beteiligungen des Landkreises um 100.000 EUR auf 250.000 EUR angestrebt wird und vergleichbar den Budgetberichten ein Ampelsystem eingeführt wird.

Herr Gollenstede kritisiert, dass der vorliegende Vorschlag zur Erhöhung der Einsparungen bei den kreiseigenen Beteiligungen nicht ausreichend konkretisiert sei.

Herr Wolf erläutert daraufhin, dass durch den Vorschlag insbesondere die Geschäftsführer der kreiseigenen Gesellschaften zu stärkerem Engagement bei der Haushaltskonsolidierung angehalten werden sollen. Ziel sei die Steigerung der Effizienz, ein höherer Einsatz zur Kostensenkung sowie insbesondere die verstärkte Einwerbung von Projektfördermitteln.

Herr Stellmann fordert ergänzend eine grundlegende Evaluierung der Gesellschaftsbeteiligungen des Landkreises, um künftige Entscheidungen auf einer strukturierten Datengrundlage treffen zu können.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig die Erhöhung der Einsparungen bei Beteiligungen des Landkreises um 100.000 EUR auf 250.000 EUR und die Einführung regelmäßiger Budgetberichte über ein Ampelsystem.

Frau Würger kommt auf den Antrag der SPD-Fraktion zurück und teilt mit, dass die Gründungskosten für das Hospiz in Ovelgönne noch im Haushalt 2025 abgebildet werden sollen und verweist auf die Beschlussvorlage für den nächsten Kreisausschuss und Kreistag.

Frau Würger erläutert anhand der Investitionsübersicht, dass sich bei einer Verschiebung der Maßnahme zur Herstellung des zweiten Parkplatzes westlich des Kreishauses eine Zinersparnis in Höhe von rund 15.000 EUR ergeben würde.

Herr Siefken hebt die Bedeutung der Parkfläche hervor und betont, dass aus Gründen der Sicherheit der Mitarbeitenden nicht an dieser Investition gespart werden sollte. Zudem verweist er auf das Risiko steigender Baukosten, falls die Maßnahme zeitlich zurückgestellt wird.

Herr Wolf spricht sich dafür aus, nicht erneut in die Grundsatzdebatte bereits beschlossener Investitionen einzutreten. Er plädiert dafür, an der bestehenden Planungsfolge festzuhalten.

Frau Allmers bezieht sich auf die Investitionsliste und gibt zu dem Parkplatz an, dass die Vorplanungen des Fachdienstes 65 (Liegenschaften) fast abgeschlossen sind. Als nächstes ist die Anfrage eines externen Fachplaners für Verkehrsanlagen geplant. Durch die Bepflanzung des Mitarbeiterparkplatzes-„Nord“ und möglichen Wiederaufbaus des Bienengartens sind weitere Abstimmungen mit dem Fachdienst 68 (Umwelt) notwendig.

Es folgt eine kurze Diskussion über die Wahrscheinlichkeit einer Preissteigerung bei einer Verschiebung der Maßnahme.

Herr Francksen zieht den Antrag auf eine Streichung der Herstellung des zweiten Parkplatzes westlich vom Kreishaus zurück.

Frau Würger verweist hinsichtlich des Antrags zur Errichtung großflächiger Photovoltaikanlagen auf den abgedeckten Alt-Deponieflächen Galing und Käseburg auf die bereits erfolgten Ausführungen im Ausschuss für Planen, Bauen, Mobilität sowie auf die hierzu beauftragte technische Machbarkeitsstudie.

Frau Würger geht auf den Antrag ein, wonach Gesellschaften mit Beteiligung des Landkreises künftig aus ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit heraus angemessene Dividendenausschüttungen einplanen sollen. Am Beispiel der Stiftungen der Landessparkasse zu Oldenburg (LzO) erläutert sie dessen Aufgaben und Stiftungszwecke, insbesondere die finanzielle Unterstützung zahlreicher Vereine in der Wesermarsch.

Herr Stellmann, als entsandter Vertreter des Kreistages, berichtet ergänzend aus dem Verwaltungsrat der LzO.

Herr Siefken weist darauf hin, dass die LzO die Stiftung Kunst und Kultur sowie die Regionale Stiftung unterhält. Er erläutert die Unterschiede zwischen einer Dividendenzahlung einer Sparkasse und Ausschüttungen aus Stiftungsvermögen. Eine Abkehr vom bisherigen Verfahren könne aus seiner Sicht zu erheblichen Einschränkungen für Vereine und Verbände im Landkreis führen.

Herr Francksen zieht daraufhin den Antrag auf Dividendenausschüttung der LzO zurück.

Frau Würger führt aus, dass rentierliche Investitionen, insbesondere Zuweisungen von Bund und Land zur Verbesserung der Infrastruktur, bereits seit Jahren praxisgerecht umgesetzt werden.

Zum geplanten Neubau des Gesundheitsamtes mit dezentralen Außendienststellen verweist sie auf die Beratungen im Ausschuss für Planen, Bauen, Mobilität. Prüfungen alternativer Bestandsimmobilien hätten ergeben, dass diese nicht geeignet seien.

Die aktuellen Baumaßnahmen an der Oberschule 1 Nordenham werden kurz dargestellt. Eine Beschlussfassung erfolgt nicht.

Frau Würger berichtet, dass alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Vorfeld der Anhörung um die Übermittlung von Haushalts- und Bilanzdaten zur Bewertung ihrer wirtschaftlichen Lage gebeten wurden. Zu den drei vorliegenden Stellungnahmen geht sie auf die wesentlichen Punkte ein. Eine Übersicht ist in der Anlage beigefügt.

Sechs kreisangehörige Kommunen haben mitgeteilt, keine Stellungnahme zur Festsetzung der Kreisumlage abzugeben. Als Begründung ist angeführt worden, dass die Kommunen insgesamt eine bessere Finanzausstattung durch den Bund und das Land Niedersachsen fordern.

Eine Übersicht zur Finanzausstattung der kreisangehörigen Kommunen ist dem Protokoll beigefügt.

Herr Wolf regt an, die Gemeinde Jade und die Stadt Elsfleth mit geringster Steigerung des Finanzaufkommens gesondert zu unterstützen.

Herr Siefken lehnt diesen Vorschlag ab und verweist auf die Maßnahme zur Haushaltssicherung.

Frau Würger empfiehlt hier nicht ausschließlich auf Basis der Finanzausstattungen der Kommunen Entscheidungen zu treffen und verweist auf die bisherige Verfahrensweise bei Überschüssen und den Strukturausgleich.

Herr Siefken unterstreicht, dass sich durch die Stellungnahmen keine neuen abwägungsrelevanten Belange ergeben.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig, die Festsetzung der Kreisumlage nicht zu ändern.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig:

Dem Haushaltsplan 2026 wird mit den Änderungen zugestimmt.

Der Haushaltssatzung für das Jahr 2026 wird mit den Änderungen zugestimmt.

9	Haushaltssicherungsbericht 2025 und Haushaltssicherungskonzept 2026 Vorlage: 2025/FD20/260
---	---

Frau Würger stellt den Haushaltssicherungsbericht für das Jahr 2025 sowie das Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2026 vor. Sie berichtet über ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport in dessen Funktion als Kommunalaufsichtsbehörde. Nach deren Einschätzung sind beim Landkreis Wesermarsch deutliche und nachvollziehbare Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung erkennbar.

Herr Siefken hebt den Einsatz des Deutschen Landkreistages (DLT) sowie des Niedersächsischen Landkreistages (NLT) für die Belange der Kommunen hervor.

Herr Gollenstede fordert eine Übersicht zur Fehlbetragsentwicklung im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung. Frau Würger sagt zu, eine entsprechende Übersicht nachzureichen.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig:

Dem Haushaltssicherungsbericht für das Haushaltsjahr 2025 und dem Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2026 wird mit den beschlossenen Änderungen zugestimmt.

10	Investitionsprogramm 2026 - 2029 Vorlage: 2025/FD20/256
-----------	--

Frau Würger stellt das Investitionsprogramm für die Jahre 2026 bis 2029 vor. Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Investitionsprogramm 2026 – 2029 wird mit den Änderungen zugestimmt.

11	Annahme von Spenden und Schenkungen Vorlage: 2025/FD20/257
-----------	---

Frau Würger erläutert den Sachverhalt anhand der Beschlussvorlage. Der Fachausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss und Kreistag einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die folgende Spende wird angenommen und dem vorgesehenen Zweck zugeführt:

Sachspende des Fördervereins Gymnasium Lemwerder e.V. in Form von Verpflegung für das Schulfest anlässlich des 20-jährigen Bestehens im Wert von 163,50 Euro.

12	Vorstellung des Gleichstellungsplans 2025-2027 Vorlage: 2025/Ref16/049
-----------	---

Frau Würger stellt anhand einer Präsentation (s. Anlage) den Gleichstellungsplan für die Jahre 2025 bis 2027 vor.

Es wird sich darauf verständigt, dass der Gleichstellungsplan im 1. Quartal 2026 noch einmal behandelt wird.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

13	Verschiedenes
-----------	---------------

- keine Wortmeldungen -

Wollgam
Ausschussvorsitz

Würger
Dezernentin

Littmann
Protokollführung